

Newsletter

Nr. 34 / Februar 2012

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mitte Januar 2012 erschien der Zweite Integrationsindikatoren- Bericht der Bundesregierung, der Aufschluss über Erfolg und Handlungsbedarf integrationspolitischer Maßnahmen geben soll. Seit 2005 wird anhand verschiedener Indikatoren in Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen etc. die Lebenslage von Migrantinnen und Migranten im Verhältnis zur Menschen ohne Migrationshintergrund (MH) statistisch erfasst. Die Ergebnisse des zweiten Berichts zeigen, trotz positiver Trends in einigen Bereichen, keine großen Veränderungen auf. So ist zwar im Bereich Bildung weiterhin ein positiver Trend zu verzeichnen, jedoch bleibt der hohe "Bildungsrückstand" bei SchülerInnen mit MH gegenüber SchülerInnen ohne MH bestehen. Nach wie vor ist die soziale Herkunft beim schulischen Erfolg entscheidend.

Ähnlich verhält es sich im Bereich Arbeitsmarktintegration. Hier ist die Arbeitslosenquote unter Migrantinnen und Migranten, gemäß des allgemeinen Trends zwar auf 15,8 % im Jahr 2010 zurückgegangen, sie ist damit aber immer noch doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Beim fünften Integrationsgipfel, der am 31. Januar 2012 in Berlin durchgeführt wurde, stand vor allem die Repräsentation von MigrantInnen im öffentlichen Dienst im Vordergrund. Ausgangslage bildeten die Ergebnisse des o.g. Berichts, wonach Menschen mit MH im Jahr 2010 mit einer Quote von 9,9 % dort beschäftigt waren.

Leider an den Rand der Debatte gedrängt, blieben wichtige Themen wie Diskriminierung- auch auf dem Arbeitsmarkt, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem oder Einbürgerung und Wahlrecht. Stattdessen war Sprachförderung erneut ein weiteres Topthema. "Die Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplanes (NIP) zum Nationalen Aktionsplan Integration (NAP) verleihe der Integration durch eine höhere Verbindlichkeit einen kräftigen Schub" erklärte Staatsministerin Böhmer. *Wer aber was wie umsetzt*, wurde nicht näher definiert. Festzuhalten bleibt, dass es sich bisher stets um freiwillige Selbstverpflichtungen handelt.

Das Engagement der TeilnehmerInnen am Gipfel ist groß, besonders den Einsatz der vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen schätzen wir. Es ist jedoch zu kurz gegriffen, wenn die Bundesregierung hofft mit immer neuen Berichten oder verbesserter Messbarkeit die Integrationspolitik voran treiben zu können. Symbolhafte Gipfel reichen nicht, es gibt viel mehr zu tun.

Der Bericht in voller Länge: [Zweiter Integrationsindikatorenbericht](#).

Weitere Informationen zum Gipfel: [Eindrücke zum 5. Integrationsgipfel](#)

Ihr AGARP-Team

Inhalt

Editorial	1
IKÖ öffentlicher Dienst	2
„Vielfalt sucht Rat“	2
Antidiskriminierungsstelle RLP	2
„Civil Academy“	2
Einbürgerung	3
Sprachstipendien	3
VHS-Schulungen	3
Agarp-Mentoring	4
„Mentoring vor Ort“	4
Termine	5
Integrationspreis 2011	5

Impressum

Herausgeberin:
AGARP. Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:
Jamila Adler,
Nurhayat Canpolat,
Ingrid Neuhaus, Maria Ogel,
Sibel Soyer, Sabina Steller

Kontakt
newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

Interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst

Ein Schwerpunktthema des fünften Integrationsgipfels war die verstärkte Einbindung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst (siehe auch Editorial). Die Maßnahmen und Ziele in diesem Bereich wurden im Rahmen des Gipfels im Dialogforum „Migranten im öffentlichen Dienst“ erarbeitet und im Nationalen Aktionsplan verabschiedet. Danach soll vor allem das Interesse am öffentlichen Dienst

durch mehr Öffentlichkeitsarbeit und direkte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund gesteigert werden. Gerade für Jugendliche soll die Attraktivität der Berufe in diesem Bereich erhöht werden. Aktuell wurde die Internetseite „[wir sind bund](#)“ frei geschaltet, die gezielt für Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst wirbt. Zudem sollen laut des Nationalen Aktionsplans Hemmnisse bei den Einstell-

ungsverfahren abgebaut werden und eine verstärkte Sensibilisierung für kulturelle Vielfalt bei den bereits Beschäftigten stattfinden.

Die Maßnahmen und Ziele auf einen Blick unter: [Nationaler Aktionsplan Integration](#). Weiterführenden Information zum Konzept der Interkulturelle Öffnung unter: [Paradoxien der Interkulturellen Öffnung](#).

Teilhabe braucht Repräsentation

„Deutschland ist ein Entwicklungsland wenn es um die Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in der kommunalen Demokratie geht“, so beginnt das Vorwort der Studie der Heinrich Böll Stiftung **„Vielfalt sucht Rat! Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten“**. Untersucht wurde der Anteil von MigrantInnen in deutschen Stadträten von insgesamt 77 Großstädten. Die Studie zeigt, dass die deutschen Stadtparlamente noch weit davon entfernt sind,

die Vielfalt der Gesellschaft zu repräsentieren. Insgesamt haben nur 4% aller 4670 Ratsmitglieder in den Großstädten einen Migrationshintergrund (MH), dies ist eine starke Unterrepräsentation im Verhältnis zum Anteil an der Gesamtbevölkerung. Auch die Unterschiede zwischen den Städten sind gravierend. Im direkten Städtevergleich führt Frankfurt am Main mit 16,1% die Liste an, hier haben 15 von 93 Ratsmitgliedern einen MH. Ludwigshafen liegt mit 10% auf Platz fünf,

dort sind es 6 von 60 Ratsmitgliedern. Die Landeshauptstadt Mainz liegt mit 3,3% auf den hinteren Plätzen, hier sind es lediglich 2 von 60 Mitgliedern. Irritierend ist, dass z.T. gerade in Städten mit hohem MigrantInnenanteil, wie etwa Heilbronn, Pforzheim, Mannheim oder Ingolstadt, kein einziges Ratsmitglied mit einer jüngeren Migrationsgeschichte vorhanden ist.

[Zur Publikation](#)

Antidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz gestartet - für Vielfalt, gegen jegliche Diskriminierung

„Die Antidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz hat zum Jahresanfang ihre Arbeit aufgenommen. Ziel des Referats „Antidiskriminierung und Vielfalt“ im Familienministerium ist es, Diskriminierungen jeglicher Art entgegenzutreten und ihnen vorzubeugen. „Niemand darf wegen seines Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung benachteiligt werden.“

Dafür setzen sich diese Stelle und die Landesregierung ein“, stellt Familienministerin Irene Alt klar. Das neue Referat gegen Diskriminierung und für Vielfalt ist keine Anlaufstelle für betroffene Privatpersonen, sondern es arbeitet mit den verschiedenen Antidiskriminierungsverbänden im Land zusammen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Unterstützung beim Aufbau von Beratungsstellen vor Ort, ein weiterer besteht darin Synergieeffekte zu nutzen.

„Mehrere kleine Verbände, die sich zusammenschließen, um dasselbe Ziel zu erreichen, sind zweifellos schlagkräftiger, als wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht“, beschreibt Ministerin Alt das Konzept.“

Quelle: Pressestelle MIFKJF

Nähere Informationen [hier!](#)

Qualifizierungsprogramm für junge Freiwillige

Die „**Civil Academy**“ ist ein Qualifizierungsprogramm für junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren mit einer pffiffigen und kreativen Idee für ein gesellschaftliches Engagement. Mit Hilfe von Know-How und Methoden aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der

Wirtschaft erhalten Sie Wissen und Unterstützung für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Ideen.

An drei Wochenenden arbeiten Profis aus der Wirtschaft und dem gemeinnützigem Bereich zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern daran.

Bewerben Sie sich mit Ihrer konkreten Projektidee, z.B. aus den Bereichen Kultur, Soziales, Umwelt, Bildung oder Sport!

Nähere Informationen finden Sie [hier!](#)

Quelle: [Homepage Civil Academy](#)

Fragen und Antworten zur Einbürgerung

Unter diesem Titel ist im Januar 2012 die aktualisierte Auflage einer Broschüre des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen erschienen, in der Informationen zu finden sind wie:

- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt
- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung

- Einbürgerung
- Was ist das Optionsmodell?
- Anspruchseinbürgerung
- Ermessenseinbürgerung
- Sonder- und Übergangsregelungen
- Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit

Die Broschüre informiert über die Beratungsmöglichkeiten und enthält eine Liste von Stadt- und Kreisverwaltungen

sowie anderer Stellen in Rheinland-Pfalz, die Informationen zu weiteren Fragen geben können. Diese Publikation ist Teil der Einbürgerungskampagne, die die Landesregierung im Juli 2009 gestartet hat.

Hier kann sie heruntergeladen werden www.einbuergierung.rlp.de.

Sprachstipendien für muttersprachlichen Unterricht in Türkisch

Für Schülerinnen und Schüler erleichtern Zertifikate den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf, Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz werden zusätzlich aufgewertet. Genau hier setzt eine Initiative des Verbandes der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V. an, denn die Aktion beabsichtigt, die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler und somit auch ihre berufliche Vermittelbarkeit sowie ihr Selbstbewusstsein zielgerichtet zu fördern. Und zwar mit dem Projekt „Sprachstipendien für Schüler/-innen telc Türkisch-Schule - telc Türkçe

Okul“. Durch das Projekt können in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler das telc Sprachzertifikat Türkisch, die Herkunftssprache vieler Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, erwerben. Die Stipendien umfassen einen kostenlosen Vorbereitungskurs im Umfang von 30 Unterrichtsstunden, in denen sich 8 bis 15 Schülerinnen und Schüler auf die Inhalte, das Format und den Ablauf der Prüfung vorbereiten können sowie eine kostenfreie telc-Schulprüfung Türkisch (telc Türkçe Okul). Insgesamt können in RLP bis zu 105 Schülerinnen und Schüler das

kostenfreie Angebot nutzen. Beteiligt sind in Rheinland-Pfalz die Volkshochschulen Rhein-Pfalz-Kreis, Mainz, Ingelheim, Hunsrück und Mainz-Bingen.

Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Doris Ahnen, hat die Schirmherrschaft dieses Projekts übernommen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon: 0 61 31 / 2 88 89 – 0 oder E-Mail: geschaeftsstelle@vhs-rlp.de

„Integration als Gemeinschaftsaufgabe“

Schulungen für Beiratsmitglieder 2012

Im Frühjahr 2011 startete die gemeinsame Fortbildungsreihe der AGARP mit dem Landesverband der Volkshochschulen RLP für Mitglieder der Beiräte für Migration und Integration. An drei Standorten (Neuwied, Lambrecht und Ingelheim) wurden Angebote zu „**Schlüsselqualifikationen**“ gemacht. Behandelt wurden die Themen Moderation und Sitzungsleitung, Gesprächs- und Verhandlungsführung sowie Teamarbeit und Motivation.

Ab März 2012 geht die Qualifizierungsreihe in ihre zweite Phase. An den gleichen Standorten (vhs Neuwied, PfalzAkademie Lambrecht, kvhs Mainz-Bingen) werden unterstützende Seminare angeboten, um die Beiratsarbeit zu professionalisieren.

Themen der Qualifizierungsreihe sind:

- Politische Lobbyarbeit
- Interkulturelle Kompetenz
- Öffentlichkeitsarbeit

Anmeldung sowie nähere Informationen finden Sie [hier](#).

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Maria Ogel unter: maria.ogel@agarp.de oder 06131-6230045

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

- 21.04.2012 - Neuwied. Vhs-Seminar „Interkulturelle Kompetenzen“. Nähere Infos finden Sie [hier!](#)
16.06.2012 - Ingelheim. Vhs-Seminar „Öffentlichkeitsarbeit“. Nähere Infos finden Sie [hier!](#)

Beirat für Migration und Integration verleiht Integrationspreis 2011

Im Beisein der rheinland-pfälzischen Integrationsministerin Irene Alt hat der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Mainz-Bingen am 17. Januar 2012 erstmals einen Integrationspreis verliehen.

Der Beiratsvorsitzende Liborio Labita sagte, der Preis solle künftig alle zwei Jahre vergeben werden.

Auf Vorschlag einer fünfköpfigen Jury hat der Beirat insgesamt sieben Projekte ausgezeichnet: Den ersten Preis (jeweils 300 Euro) teilen sich der Gartenverein Ingelheim und das Ingelheimer Förderzentrum für Jugendfuß-

ball und Soziales (IFJS). Der Gartenverein ist der Ingelheimer Verein mit dem höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten und hat das Projekt „Integration über den Gartenzaun“ ins Leben gerufen. Das IFJS bietet neben Jugendsportförderung auch Unterstützung in den Bereichen Schule, Beruf und Soziales.

Den zweiten Preis (je 250 Euro) teilen sich die Initiative „Meine Stadt bunt“ (Heidesheim) und der „Deutsch-Türkische Stammtisch“ (Bingen). Drei mit je 100 Euro dotierte Sonderpreise gingen an die Kreisvolkshochschule

Mainz-Bingen, das Familienzentrum „Mühlrad“ (Budenheim) und die „Frauengruppe International“ (Ingelheim).

Landrat Claus Schick lobte den Einsatz der Preisträger mit den Worten: „Die konkrete Integrationsarbeit in unserem Landkreis wird zu einem Großteil vom Engagement vieler privater und ehrenamtlicher Initiativen getragen. Diese Arbeit würdigen wir mit dem Integrationspreis.“

*Wenn Sie die Aktivitäten Ihres Beirats vorstellen möchten, wenden Sie sich bitte an newsletter@agarp.de
Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich Ende März 2012 erscheinen.*